

Signatur: 2026.SR.0266
Geschäftstyp: Motion als Richtlinie
Erstunterzeichnende: Simone Richner (FDP), Ursula Stöckli (FDP)
Mitunterzeichnende: Nik Eugster, Thomas Hofstetter, Raphaël Karlen, Michelle Steinemann, Nicolas Lutz, Laura Curau, Andreas Egli, Alexander Feuz, Ueli Jaisli, Janosch Weyermann, Stephan Ischi, Béatrice Wertli
Einreichdatum: 20. August 2026

Motion als Richtlinie: Stadtentwicklung, die funktioniert – lokale Realität frühzeitig mitdenken

Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, bei Projekten und Massnahmen im öffentlichen Raum, welche die Erreichbarkeit oder die betrieblichen Abläufe ansässiger Unternehmen wesentlich beeinflussen können, einen frühzeitigen und verhältnismässigen Praxischeck sicherzustellen.

Dabei sind insbesondere folgende Grundsätze in die bestehenden Planungs- und Projektierungsprozesse aufzunehmen:

1. Betroffene Betriebe frühzeitig einbeziehen
Direkt betroffene Gewerbe-, Gastronomie-, Detailhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe sind zu einem Zeitpunkt einzubeziehen, in dem noch tatsächlicher Gestaltungsspielraum besteht. Dabei sind die für ihren Betriebsalltag wesentlichen Bedürfnisse und Abläufe zu erfassen, insbesondere hinsichtlich Erreichbarkeit, Kundenzugang, Anlieferung, Warenumsatz und Dienstleistungen.
2. Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit mitprüfen
Bei der Planung und Interessenabwägung sind die tatsächlichen Auswirkungen einer Massnahme auf die Erreichbarkeit, die betrieblichen Abläufe, die lokale Versorgung und die Funktionsfähigkeit des Quartiers angemessen zu berücksichtigen.
3. Praxistaugliche Varianten prüfen
Sind wesentliche Auswirkungen auf ansässige Betriebe zu erwarten, sind frühzeitig unterschiedliche Umsetzungsvarianten zu prüfen und Lösungen anzustreben, welche die verfolgten öffentlichen Interessen mit den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort möglichst gut in Einklang bringen.
4. Interessenabwägung nachvollziehbar machen
Bei Projekten mit erheblichen Auswirkungen auf ansässige Betriebe ist nachvollziehbar darzulegen, welche betrieblichen und quartiersspezifischen Bedürfnisse erhoben, welche Varianten geprüft und wie die entsprechenden Auswirkungen in die Interessenabwägung einbezogen wurden.
5. Schlanke Umsetzung sicherstellen
Der Praxischeck ist in die bestehenden Planungs- und Projektierungsprozesse zu integrieren und nach Bedeutung und Tragweite der jeweiligen Massnahme auszugestalten. Bei kleineren Vorhaben soll ein direkter Austausch genügen. Zusätzliche Bewilligungsstufen und unnötige administrative Verfahren sind zu vermeiden.

Begründung

Eine Stadt ist dann lebendig, wenn sie nicht nur gut gestaltet ist, sondern auch funktioniert.

Der öffentliche Raum erfüllt vielfältige Funktionen. Er verbindet Menschen, ermöglicht Mobilität und Versorgung, schafft Aufenthaltsqualität und bildet zugleich das unmittelbare Umfeld von Gewerbe, Gastronomie, Handwerk und Dienstleistungen. Gute Stadtentwicklung muss diese unterschiedlichen Funktionen zusammendenken und so aufeinander abstimmen, dass ein Quartier auch nach einer Umgestaltung im Alltag funktioniert.

Aktuelle Diskussionen in verschiedensten Quartieren der Stadt zeigen exemplarisch, weshalb dies wichtig ist. Bei Veränderungen im öffentlichen Raum genügt es nicht, allein auf die formelle Bezeichnung oder die planerische Zweckbestimmung einzelner Flächen abzustellen. Für eine sachgerechte Planung ist ebenso entscheidend, wie ein Ort tatsächlich genutzt wird, welche Funktionen er im Alltag erfüllt und welche konkreten Auswirkungen eine Veränderung auf sein unmittelbares Umfeld hat.

Gerade bei lokal verankerten Betrieben können vermeintlich geringe Veränderungen erhebliche praktische Auswirkungen haben. Erreichbarkeit, Waren- und Materialflüsse, Kundenkontakte und betriebliche Abläufe werden wesentlich durch die konkreten Gegebenheiten vor Ort bestimmt. Diese Zusammenhänge müssen bekannt sein, bevor eine Lösung definitiv festgelegt wird.

Genau darin liegt der Zweck eines Praxischecks: Wer einen öffentlichen Raum verändert, soll dessen tatsächliche Funktionen kennen und die konkreten Auswirkungen des Entscheids mitberücksichtigen.

Voraussetzung dafür ist ein frühzeitiger und ernsthafter Dialog. Bestehende quartierbezogene Mitwirkungsgefässe leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie unterschiedliche Anliegen und eine übergeordnete Sicht auf die Entwicklung eines Quartiers einbringen. Wo eine Massnahme jedoch unmittelbare Auswirkungen auf einzelne Betriebe oder Nutzungen hat, muss diese Perspektive durch die konkreten Erfahrungen und betrieblichen Kenntnisse der direkt Betroffenen ergänzt werden. Nur so lassen sich praktische Auswirkungen rechtzeitig erkennen und sachgerechte Varianten in die Planung einbeziehen.

Davon profitieren nicht nur einzelne Unternehmen. Lokale Geschäfte, Gastronomie, Handwerk und Dienstleistungen tragen wesentlich zur Attraktivität und Nutzungsvielfalt eines Quartiers bei. Sie gewährleisten Versorgung und Dienstleistungen in der Nähe, schaffen Arbeitsplätze und tragen dazu bei, dass öffentliche Räume genutzt und belebt werden.

Eine Stadt der kurzen Wege setzt deshalb voraus, dass jene Angebote, die diese kurzen Wege überhaupt ermöglichen, angemessene Rahmenbedingungen vorfinden.

Der geforderte Praxischeck soll keine neue Planungsebene schaffen. Im Gegenteil: Die frühzeitige Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse kann Fehlplanungen, nachträgliche Anpassungen und vermeidbare Konflikte verhindern. Der Aufwand soll sich dabei nach der Tragweite des jeweiligen Vorhabens richten: Je einfacher die Massnahme, desto unkomplizierter der Austausch; je weitreichender ihre Auswirkungen, desto sorgfältiger die vorgängige Prüfung.

Gute Stadtentwicklung verbindet planerische Ziele mit der Realität vor Ort. Entscheidend ist, dass ein Quartier nach einer Veränderung nicht nur anders gestaltet ist, sondern als Ganzes weiterhin funktioniert und an Qualität gewinnt.

Bern soll seine öffentlichen Räume deshalb vorausschauend, praxisnah und im Dialog mit den Menschen und Betrieben weiterentwickeln, die sie täglich nutzen und prägen.